



## **Rede des Landesvorsitzenden Klaus Mrasek beim Landesparteitag am 27.09.2014 in Schwabmünchen**

Meine sehr geehrten Damen und Herren,  
liebe Freundinnen und Freunde der Ökologisch-Demokratischen Partei ÖDP,  
ich darf Sie ganz herzlich zum diesjährigen Landesparteitag der bayerischen ÖDP hier in Schwabmünchen begrüßen.

### Gedenken für verstorbene Parteifreunde:

Liebe Parteifreunde, gleich zu Beginn eine traurige Nachricht, bitte erheben Sie sich. Vor genau einem Monat ist völlig überraschend Michael Bettinger verstorben. Er war ein Urgestein der ÖDP. Lange Jahre hat er unermüdlich in seinem Heimatkreisverband aber auch im Bezirks-, Landes- und Bundesvorstand, vor allem aber auch als sachlich-überzeugender Referent zu energie- und sozialpolitischen Themen überall in der ÖDP für eine lebensfreundliche Zukunftssicherung gearbeitet. Es tut weh, nicht mehr auf ihn zählen zu können. Er reiht sich ein in die Freundinnen und Freunde, die wir seit Januar 2013 verloren haben. Wir wollen ihrer in einer stillen Minute gedenken und richten unsere Gedanken auch an ihre Angehörigen.

Vielen Dank

### Freihandelsabkommen – das Ende der Demokratie?

Die wichtigsten Probleme in den nächsten Monaten, die in hohem Maße auch unsere Anliegen betreffen, sind die geplanten Freihandelsabkommen (TTIP, TiSA, CETA) der EU mit den USA und Kanada. Sie stellen den wohl größten je dagewesenen Angriff auf unsere demokratischen Grundfesten dar. Alles, worum unsere demokratische Gesellschaft jahrzehntelang gerungen hat, befindet sich jetzt auf dem Spieltisch im Casino der Großfinanz und internationalen Konzerne. Egal, ob es um Arbeitnehmerrechte, Umweltstandards, kommunale Daseinsvorsorge (z. B. Trinkwasser und Gesundheitsversorgung) oder den Fortbestand der bäuerlichen Landwirtschaft geht. Die EU bietet im Verhandlungsreigen mit den USA einfach alles an. Seit Jahren wird im Geheimen hinter verschlossenen Türen getagt und niemand darf wissen, was da genau verhandelt wird. Von der Bundesregierung und der großen Koalition haben die Bürgerinnen und Bürger keine Unterstützung in ihrem Anspruch auf Transparenz und Information zu erwarten. Ausdrücklich steht im Koalitionsvertrag von CDU/CSU/ SPD, man wolle das Freihandelsabkommen mit den USA "vorantreiben".

Am Beispiel TTIP will ich auf das Kernproblem eingehen – den Ausverkauf unserer Demokratie durch die Einführung einer privatrechtlichen Paralleljustiz für multinationale Konzerne. TTIP steht für „Transatlantic Trade and Investment Partnership“. Bereits der Titel ist eine Mogelpackung. Es geht eben nicht wie bei Freihandelsabkommen üblich um den Abbau von Zollschränken. Derartige Zollschränken zwischen der EU und den USA bestehen bereits heute praktisch nicht mehr. Es geht

um so genannte „nichttarifäre Handelshindernisse“. Jetzt lassen Sie Ihrer Phantasie einmal freien Lauf. Was könnte sich hinter diesem Begriff verbergen? Richtig, es geht z. B. um den Mindestlohn, die Mitbestimmung im Rahmen der Sozialpartnerschaft, die kommunale Daseinsvorsorge, Verbraucher- und Umweltschutzvorschriften. Aus Sicht der neoliberalen Lobbyisten alles „nichttarifäre Handelshindernisse“.

Der Generalangriff auf unsere Demokratie steckt in dem harmlos klingenden „Investitionsschutzabkommen“, das in TTIP beinhaltet ist. „Investitionsschutzabkommen“ – wieder ein Begriff, der der gezielten Täuschung der Öffentlichkeit dient. Korrekt wäre „Freibrief für multinationale Konzerne“. Worum geht es? Europäische Unternehmen sollen die Möglichkeit haben, die USA vor einem Schiedsgericht zu verklagen und umgekehrt amerikanische Unternehmen die Staaten der Europäischen Union. Diese privatrechtliche Paralleljustiz wird neben den bestehenden Justizsystemen der EU und USA eingerichtet. Dieses Schiedsgericht firmiert wiederum unter einem harmlos klingenden Namen: Internationales Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten – ein harmloser Titel für eine Institution, die es in sich hat, Abkürzung ICSID International Centre for Settlement of Investment Disputes.

Was sind die Unterschiede zu rechtsstaatlichen Gerichtsverfahren, wie wir sie in unserer Rechtsordnung kennen?

Erster Unterschied:

Es gibt keine festen Richter, es werden jeweils drei juristische Fachleute aus vielen verschiedenen Ländern für das jeweilige Verfahren berufen. Bei den Richtern handelt es sich auch nicht um Beamte, sondern um private Anwälte. Anwälte sind ihren Mandanten verpflichtet und nicht den Bürgern der betroffenen Staaten.

Zweiter Unterschied:

Die Verhandlungen finden unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt.

Dritter Unterschied:

Gegen ein Urteil kann man kein Rechtsmittel vor einer höheren Instanz einlegen, keine Berufung, keine Revision. Der Urteilsspruch der ersten Instanz ist rechts- und bestandskräftig und muss von den Vertragsstaaten anerkannt werden. Die Gesetze des beklagten Staates spielen dabei keine Rolle mehr.

Vierter Unterschied:

Der Staat ist immer der Beklagte, Kläger kann nur ein Investor sein, in der Praxis die multinationalen Konzerne. Der Staat kann nur Geld verlieren, nicht gewinnen. Der Investor muss noch dazu in einem anderen Land ansässig sein, was „einheimische“ Konzerne natürlich benachteiligt. Die müssen sich ihr Recht, wie es auch für alle anderen sein sollte, über die zuständigen Gerichte im Inland erstreiten: öffentlich und über mehrere Instanzen.

Konsequenterweise müssten Entscheidungen des o. g. Schiedsgerichts im Urteilstenor anstelle der Formulierung „Im Namen des Volkes“ mit den Worten „Im Namen des Geldes“ beginnen.

Meine Damen und Herren, wenn dieses Investitionsschutzabkommen im Rahmen von TTIP beschlossen wird, stehen wir vor einer gigantischen Selbstentmachtung der Politik. Was kann sich ein Staat noch erlauben, ohne verklagt zu werden? Wenig bis gar nichts! Jetzt wird auch klar, was Frau Merkel mit ihrer Aussage gemeint hat, „die Demokratie müsse marktkonform werden“.

Beispiele für die Bundesrepublik:

Atomausstieg – E.ON, RWE, EnBW müssen vor dem Bundesverfassungsgericht BVerfG klagen – Vattenfall, Firmensitz in Schweden klagt vor dem o. g. Schiedsgericht!

Fracking im Weidener Becken – Genehmigung der Probebohrungen durch Ilse Aigner, CSU. Wäre TTIP in Kraft, würde ein Verbot der Anwendung von Fracking aus Umweltschutzgründen zu einer evtl. Schadenersatzpflicht für den bundesdeutschen Steuerzahler führen!

Noch ein Pferdefuß ist in TTIP enthalten, ebenfalls hinter einem harmlos klingenden Begriff verborgen – „regulatorische Kooperation“. Kooperation, ein schönes Wort – wer will denn schon als unkooperativ bezeichnet werden? Was steckt aber dahinter? Es ist beabsichtigt, dass EU- und US-Behörden bereits im Planungsstadium von Gesetzen mit den Konzernlobbyisten zusammenarbeiten – in der Idealvorstellung der Lobbyisten gerne auch auf der Basis ihrer Vorstellungen und Gesetzentwürfe und das zu einem Zeitpunkt, zu dem die Parlamente von diesen Gesetzesvorhaben überhaupt noch nicht informiert sind.

Es ist erfreulicherweise gelungen, die Problematik der Schiedsgerichte in die öffentliche Debatte zu bringen. Leider wird aber über die „regulatorische Kooperation“ kaum debattiert. Sie stellt aber ebenso wie die Schiedsgerichte – ja eigentlich noch viel abstoßender – einen Angriff auf die Legislative als Basis der Demokratie dar: Während die Schiedsgerichte „nach“-arbeiten und den Großkonzernen nicht willkommene Regelungen aufheben können, soll im Rahmen der „regulatorischen Kooperation“ „vor“-gearbeitet werden: Ideen für Gesetzgebung sollen lange bevor sie das Licht der Parlamente erblicken können abgewürgt werden! In diesen Kooperationszirkeln wird also eine Art von Vorzensur der Gesetzgebung praktiziert werden: „Das passt nicht! Das ist gegen die Profit-Chancen! Das lassen wir lieber sein!“ So geht die demokratische Idee vor die Hunde. Bitte, bringen wir auch diese destruktive Idee ins öffentliche Bewusstsein – so wie wir die Schiedsgerichte in die Debatte gebracht haben.

Das Paradebeispiel für diese „regulatorische Kooperation“ ist die aktuelle Verhandlungsführung zu den Freihandelsabkommen – geheim, hinter verschlossenen Türen, unter Ausschluss der Parlamente und der Bürgerinnen und Bürger!

Diesen Rückfall in vordemokratische Zustände werden wir niemals hinnehmen!!!

Außerdem völlig offen sind die Vertragsdauer der Freihandelsabkommen und die Art und Weise der Ratifizierung. Völlig unannehmbar ist die Forderung nach einer „Unkündbarkeit“ der Freihandelsabkommen. Abkommen mit derartig unabsehbaren Folgen müssen zeitlich befristet sein und ohne Vertragsstrafen kündbar. Und wir fordern, dass diese Freihandelsabkommen im Europaparlament und in den Parlamenten der EU-Mitgliedsstaaten ratifiziert werden müssen.

Und noch etwas werden wir uns nicht gefallen lassen – dass die EU-Kommission die EBI zur Neuverhandlung der Freihandelsabkommen, die von 230 Initiativen aus ganz Europa getragen wurde, einfach dadurch vom Tisch wischt, in dem sie eine solche Bürgerinitiative für unzulässig erklärt. Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger – aufwachen, ein solches Vorgehen dürfen wir uns nicht gefallen lassen.

Die Kritik an den Freihandelsabkommen darf aber nicht alleine stehen. Wir brauchen mehr inhaltlichen Biss, mehr "klare Kante" bei der Postwachstumsökonomie und der Gemeinwohlökonomie.

Wir müssen deutlich machen: Der regellose Markt ist zukunftsblind und begünstigt stets die bestehenden kapitalkräftigen Strukturen. Die radikale Marktwirtschaft vergrößert die Kluft zwischen "oben" und "unten", zwischen "arm" und "reich". Radikale Marktwirtschaft und Freihandel in einer globalisierten Welt schieben die allermeisten Länder an den und über den

Rand und sind deshalb ein starker Migrationsgrund. Nur eine Marktwirtschaft bzw. ein Handel, der faire ökologische, soziale und demokratische Regeln bekommt, sichert das (Über)Leben für alle Menschen. Unser Ziel einer globalisierten ökologisch-sozialen Marktwirtschaft müssen wir in die Debatte einbringen und dafür den Schulterchluss mit den zivilgesellschaftlichen Initiativen, die vergleichbare Forderungen erheben, suchen.

Ich bin meinen beiden Vorstandskolleginnen Gabi Schimmer und Agnes Becker dankbar für die Ausarbeitung des TTIP-Aktionsvorschlages, den Sie bereits erhalten haben. Liebe Parteifreunde, es ist wieder einmal unsere Aufgabe, die Bürgerinnen und Bürger über die Freihandelsabkommen zu informieren und zum demokratischen Widerstand aufzufordern. Und diese Arbeit ist dringend notwendig, denn der Kenntnisstand ist – freundlich formuliert – noch recht überschaubar.

Mit der Verabschiedung der Resolution gegen die Freihandelsabkommen wollen wir heute ein politisches Signal senden – Politik für Menschen statt Konzerndiktat!

### Freihandelsabkommen – das Ende der bäuerlichen Landwirtschaft?

Die geplanten Freihandelsabkommen können auch das Ende der bäuerlichen Landwirtschaft bedeuten.

Liebe Parteifreunde, vor drei Wochen fand unsere jährliche Veranstaltung „Nüchtern nachgedacht, statt laut gebrüllt“ zum Gillamoos in Abensberg statt. Als Gastreferenten konnten wir dazu die beiden Landesvorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft AbL, Edith Lirsch und Josef Schmid, begrüßen. Warum haben wir uns von den vielen möglichen Politikfeldern, die von den Freihandelsabkommen betroffen sind, ausgerechnet die Landwirtschaft herausgegriffen? Ganz einfach: Stellen Sie sich nur einmal die Frage „Wovon leben wir?“ Wir leben von sauberer Luft, reinem Wasser und fruchtbaren Böden. Das ist die Basis für die Photosynthese der Pflanzen, angetrieben durch die Energie der Sonne – das ist die Voraussetzung für alles Leben auf unserem Planeten. Die Landwirtschaft erzeugt auf dieser Basis die Lebensmittel für uns alle – im Idealfall nachhaltig und generationengerecht – in der Praxis leider oftmals durch Raubbau und Ressourcenvernichtung. Das verstehen übrigens auch die Herrschaften Ökonomen und Betriebswirte nicht, die die Landwirtschaft als verzichtbar einstufen, da ihr nominaler Anteil am BIP bei unter einem Prozent liegt. Eine Empfehlung an die Herrschaften: Versuchen Sie einfach einmal einen herzhaften Bissen vom ihrem Autokotflügel und sie werden feststellen – das Teil ist absolut unverdaulich. Wir, die Bürgerinnen und Bürger, brauchen eine nachhaltige und generationengerechte Landwirtschaft, wir brauchen ein partnerschaftliches Verhältnis zwischen Verbrauchern und Landwirten.

Edith Lirsch und Josef Schmid haben uns die drohenden Gefahren für die bäuerliche Landwirtschaft durch die Freihandelsabkommen aufgezeigt – ein paar Stichworte sollen genügen: grüne Gentechnik GVOs, Hormonfleisch, Klonfleisch, Einsatz von Desinfektionsmitteln in der Fleischproduktion (Stichwort Chlorhühnchen). Das Vorsorgeprinzip und der Verbraucherschutz dürfen auf keinen Fall den Interessen der Agro-, Biotech- und transnationalen Lebensmittelkonzernen geopfert werden.

ÖDP und AbL fordern außerdem einen grundlegenden Kurswechsel in der EU-Agrarpolitik, nämlich:

- Ausstieg aus der Ideologie Wachsen oder Weichen – der Wachstumswahn führt dazu, dass immer mehr Betriebe aufgeben müssen. Diese Forderung richtet sich gerade auch an den Bauernverband – was ist das für eine Verbandspolitik, die an der Abschaffung des eigenen Berufsstandes aktiv mitarbeitet, die sozusagen Sterbebegleitung für bäuerliche Familienbetriebe leistet?

- Die Agrarpolitik der EU muss korrigiert werden. Die Ausrichtung der Lebensmittelproduktion für den Weltmarkt muss geändert werden. Mit den subventionierten Lebensmittelexporten zerstört die EU die kleinbäuerliche Landwirtschaft in den Empfängerländern. Lassen Sie sich durch das Pseudoargument „Ernährung der Weltbevölkerung“ nicht verunsichern. Der Weltagrарbericht 2009 stellt dazu fest, dass die Sicherung der Welternährung vor Ort durch die Stärkung der kleinbäuerlichen Strukturen erfolgen muss.
- Wir müssen weg von der Massentierhaltung. In der SZ-Ausgabe vom 20.09.2014 wird unter dem Titel „Erbarmungslos“ für eine radikale Änderung unseres Umganges mit Nutztieren plädiert. Tiere sind Mitgeschöpfe, für die wir Mitverantwortung tragen. Wir Verbraucher entscheiden mit unserem Einkauf über die Haltungsbedingungen. Dazu brauchen wir aber eine klare Kennzeichnung dieser Haltungsbedingungen. Nur dann kann ein verantwortlicher Einkauf funktionieren. Und darum ist es scheinheilig, wenn der Bauernverband die Verantwortung auf den Verbraucher schiebt und sich zugleich gegen eine klare Kennzeichnung der Haltungsbedingungen wehrt. Wir haben bereits ein positives Beispiel: Die Eierproduktion – Batterie-Eier sind heute praktisch unverkäuflich. Wir müssen noch aus einem anderen Grund weg von der Massentierhaltung. Durch die Massentierhaltung wird das Grundwasser in Deutschland verreckt. Jedes Jahr werden 160 Millionen Kubikmeter Gülle auf die Felder verteilt, sickern in die Böden und landen schließlich im Grundwasser. 160 Millionen Kubikmeter Gülle – würde man die Gülle in Eisenbahnwagons verladen, hätte der Zug eine Länge von 45 000 Kilometern, länger als der Äquator. Vor allem das Nitrat aus der Gülle bereitet im Trinkwasser Probleme. Mittlerweile erfüllen 37 Prozent der Grundwasservorkommen nicht mehr die Qualitätsnormen, die häufigste Ursache ist die Nitrat-Belastung (Grenzwert 50 Milligramm pro Liter). Gerade im Importfutter, vor allem im Soja, steckt in jedem Kilogramm bis zu 30-mal mehr Stickstoff als in heimischem Mais. Dazu kommt der Einsatz von jährlich 2.000 Tonnen Antibiotika in der Massentierhaltung – nur mit diesem Antibiotikaeinsatz ist Massentierhaltung möglich – die Folge sind multiresistente Keime, die bereits heute zigtausend Todesopfer in Deutschland fordern. Wir brauchen eine artgerechte Tierhaltung und die Bindung des Bestandes an die bewirtschafteten Betriebsflächen.

#### Landesplanung und Hochwasserschutz:

Der Umgang mit Grund und Boden ist auch bei der Landesplanung und dem Hochwasserschutz zu kritisieren, bisher haben sich weder die Bundesregierung noch die Landesregierung darum verdient gemacht.

In der letzten Legislaturperiode hat ja die Landesregierung aus CSU und – na, jetzt fällt mir der Name nicht ein – richtig, FDP – der CSU-Appendix, das Landesentwicklungsprogramm LEP „liberalisiert“, verschlankt, dereguliert und wie die Begriffe alle so schön heißen. Auf gut deutsch – man hat bewährte Regelungen einfach über Bord geschmissen. Wer jetzt geglaubt hat, dass an dieser Front einige Zeit Ruhe wäre, wurde vor kurzem eines Schlechteren belehrt. Herr Söder, jetzt auch zuständig für die Landesentwicklung, hat angekündigt, dass das LEP investitionsfreundlicher gestaltet werden soll. Da müssen alle Alarmglocken klingeln. Zur Klarstellung: Bayern ist „Spitze“ beim Flächenverbrauch, täglich werden 20 Hektar fruchtbarer Boden unwiederbringlich für Wohn-, Gewerbe- und Verkehrszwecke versiegelt. Gerhard Polt hat das in seiner unnachahmlichen Art einmal so formuliert: „Eines Tages wird es heißen, unter dieser Asphaltsschicht befand sich Bayern!“ Liebe Parteifreunde, wir leben im Freistaat Bayern mit seinen wunderschönen Landschaften in Franken, Schwaben und Altbayern. Wir müssen uns dagegen wehren, dass aus unserem Freistaat Bayern ein Gewerbepark Bayern wird.

Vom Flächenverbrauch zum Hochwasserschutz – gibt es da vielleicht einen Zusammenhang? Sie alle erinnern sich an die Hochwasserkatastrophe an der Donau 2013. Besonders betroffen waren Passau und Deggendorf mit historischen Höchstständen. Wieder ein „Jahrhunderthochwasser“. Ist Ihnen aufgefallen, dass die Jahrhunderte immer kürzer werden? Alle seriösen Prognosen gehen davon aus, dass Witterungsextreme im Zuge des Klimawandels und damit die Hochwassergefahren stark zunehmen werden. Der Klimawandel ist menschengemacht, auch wenn die bezahlten Lobbyisten der üblichen Verdächtigen etwas anderes behaupten. Und die Hochwassergefahren werden durch den ungebremsten Flächenverbrauch und die Bodenversiegelung verschärft. Es ist eine Illusion, dass diesen Gefahren mit technischen Mitteln wie dem Bau von Deichen und Flutpoldern begegnet werden kann, solange die Ursachen nicht beseitigt werden. Ich bin unserem neu ernannten Landesbeauftragten für Hochwasserschutz, Otto Feldmeier, dankbar für seine Initiative. Jede Kommune muss dafür sorgen, dass anfallende Niederschläge möglichst vor Ort versickert bzw. zurückgehalten werden. Unter Leitung von Otto Feldmeier hat sich eine Arbeitsgruppe Hochwasserschutz gebildet. Sie wird prüfen, ob die vorhandenen gesetzlichen Regeln ausreichen und Defizite benennen. Außerdem wird sie ein Antragspaket für unsere kommunalen Mandatsträger erarbeiten mit dem Ziel, den dezentralen Hochwasserschutz in ganz Bayern umzusetzen.

#### „Energiewende“ und EEG-Reform – ein energiepolitischer Offenbarungseid:

Ein weiteres trauriges Kapitel sind die angebliche Energiewende und die ebenso angebliche EEG-Reform. Beides kommt einem Offenbarungseid gleich.

Liebe Parteifreunde, was waren eigentlich die Ziele der „Energiewende“? Der Ausstieg aus der Atomenergie, die Reduzierung der Klimaschadstoffe und die verstärkte Nutzung der erneuerbaren Energien bei der Stromerzeugung. Unsere Ziele, die Ziele der ÖDP, sind viel weitergehend. Wir wollen die Umstellung der Energieversorgung (und nicht nur der Stromversorgung) auf 100 Prozent heimische erneuerbare Energien und Speicher. Zwischen diesen beiden Zielen liegen Welten. Aber gut, prüfen wir die schwarz-rote Koalition an ihren eigenen Zielen. Reduzierung der Klimaschadstoffe – Fehlanzeige, im Gegenteil, unter der schützenden Hand von Kohleerzengel Gabriel feiert die Kohleverstromung ein Comeback. Der Emissionshandel auf EU-Ebene ist durch einen dramatischen Preisverfall gekennzeichnet – und nichts wird dagegen unternommen. Dreck hinausblasen, also das Klimagift Kohlendioxid zu emittieren, ist unter dieser Bundesregierung wieder zu einem lukrativen Geschäft geworden. Und lassen Sie sich keinen Bären aufbinden – die „Stromautobahnen“ – ist das nicht wieder so ein schöner Begriff – „Stromautobahnen“ – da geht doch dem „freie Fahrt für freie ADAC-Bürger“ das Herz auf – werden nicht wegen der Energiewende gebaut. Es geht um den Stromhandel und den Absatz des Kohlestroms. Und die CSU-Regierung unter Horst Seehofer setzt noch einen drauf. Auf ihre Initiative hin wurde die „Länderöffnungsklausel“ aufgenommen, die es Seehofer und seiner CSU ermöglichen, die 10H-Grenze für neue Windkraftanlagen durchzusetzen. Damit wird die Windkraft in Bayern beerdigt. Dadurch wurden außerdem die ganzen Planungen der regionalen Planungsverbände zur Makulatur. Die CSU übertrifft sich wieder einmal in ihrer eigenen Dialektik. Keine dezentralen Windkraftanlagen und keine Hochspannungsleitungen – diese Logik erschließt sich nur der CSU. Wenn man eine böse Absicht hinter dieser Logik wittert – und meist liegt man damit bei der CSU richtig – dann ist das eine raffinierte Taktik zur Verhinderung des Atomausstiegs.

Was muss also passieren, wenn man den Atomausstieg nicht verhindern will?

- Die 10H-Grenze für Windkraftanlagen muss verschwinden, die bisher geltenden Genehmigungsvorschriften waren völlig ausreichend.
- Die Deckelung des Zubaus von Photovoltaik- und Windkraftanlagen an Land muss aufgehoben werden – offizielle Begründung für die Deckelung: Der Umstieg auf EE würde ansonsten zu schnell verlaufen.

- Der Umlagemechanismus für die EEG-Umlage muss geändert werden, die Ausnahmen für die Stromgroßverbraucher müssen konsequent abgebaut werden.
- Wir brauchen ein Markteinführungsprogramm für Kurz- und Saisonspeicher vergleichbar dem EEG. Und Frau Aigner, wir lehnen Pumpspeicherkraftwerke PSW nicht nur deshalb ab, weil sie derzeit gerade unwirtschaftlich sind. Wir lehnen PSW ab, weil sie eine Landschaftverschandelung erster Güte sind und außerdem wieder zentrale Strukturen der Energiewirtschaft auf Jahrzehnte festschreiben.
- Wir brauchen ein Kohleausstiegsgesetz wie beim Atomausstieg. Von 2010 bis 2013 sind die CO<sup>2</sup>-Emissionen der BRD vor allem wegen der Kohleverstromung um 23 Mio. Tonnen gestiegen.
- Wir brauchen die Umstellung auf 100 Prozent heimische erneuerbare Energien und Speicher als Beitrag zur regionalen Wertschöpfung und zur Reduzierung internationaler Konflikte. Nach dem Energiekonzept meines Heimatlandkreises Amberg-Weilburg (ca. 106.000 Einwohner) werden jährlich 500 Mio. € für Energieimporte ausgegeben. Was passiert mit diesem Geld? In welchen Regionen werden im großen Umfang Rüstungsgüter beschafft? Wie finanziert Rußland seine Rüstungsprojekte? Frieden schaffen durch 100 Prozent EE! Bedenken Sie bitte auch die durch den Klimawandel ausgelöste Flüchtlingsbewegung. Nach dem jüngsten UN-Klimabericht werden dadurch bis zum Jahr 2050 200 Millionen Menschen zu Flüchtlingen gemacht. Schauen sie sich die aktuellen Flüchtlingsbewegungen im mittleren Osten an mit allen katastrophalen Folgen – dagegen hat das Szenario für das Jahr 2050 apokalyptische Ausmaße.

Liebe Parteifreunde, ich bin meinem Vorstandskollegen Franz Hofmaier dankbar für die Ausarbeitung des Positionspapiers zum Netzentwicklungsplan 2014 und den geplanten Gleichstromtrassen. Der Landesvorstand hat dieses Papier auf seiner Klausurtagung in Kloster Irsee beschlossen und bittet Sie heute um Zustimmung.

Wir haben in Kloster Irsee noch etwas beschlossen. Die ÖDP Bayern unterstützt den Solarförderverein Deutschland SFV finanziell bei der Erstellung von zwei Rechtsgutachten als Klagegrundlage gegen die Enteignungen in den Lausitzer Braunkohlegebieten Welzow-Süd und Nochten und den damit verbundenen Hochspannungsleitungen. Die Klagen werden voraussichtlich vom BUND und weiteren Umweltverbänden erhoben werden. Enteignungen sind nach dem Grundgesetz nur zulässig „zum Wohle der Allgemeinheit.“ Das BVerfG hat in seinem Garzweiler-Braunkohle-Urteil vom 17.12.2013 festgestellt, dass dieses Gemeinwohlziel zum Zeitpunkt der damaligen Enteignungsverfügungen noch vertretbar war. Das Gericht lässt aber erhebliche Zweifel erkennen, ob dieses Gemeinwohlziel im Lichte der neueren Erkenntnisse zum Klimawandel noch eine tragfähige Grundlage für Enteignungen darstellen könnte. Als ÖDP Bayern wollen wir damit einen konkreten Beitrag zum Ausstieg aus der Kohleverstromung leisten.

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde,

ja, wir setzen uns für die echte Energiewende ein. Ja, wir sind praktische und systemische Fans der erneuerbaren Energien. Wir sind es und wir waren es, als es noch Atomkraft-Fans gab und als CSU-Ministerpräsidenten und Minister noch vor den Wolkenkuckucksheimen der Naturapostel warnten, in denen man vom Strom aus Sonne und Wind träumt...

Aber wir sind weit mehr als Energiewendefans:

Wir müssen die Ressourcenfrage wieder ernsthafter stellen! Auch mit Sonnen- und Windstrom, mit Bio- und Holzgas kann die Ausbeutung und Plünderung des Planeten vorangetrieben werden!

Das Ziel muss eine radikal ressourcenleichtere Wirtschaft sein. Das geht mit neuen industriellen Verfahren, Ernst-Ulrich Weizsäcker weist es in seinen Studien nach. Es geht auch um eine generell eher an Dienstleistungen als an Produktionsmengen orientierten Wirtschaft: Reparatur und Erhaltungspflege statt Totalkonsum und Wegwerfmentalität. Es geht generell um die richtigen Anreize aus der Steuer- und Abgabepolitik: Unser Konzept der Entlastung des Faktors Arbeit zu Lasten des Ressourcenverbrauchs und der Kapitalerträge ist richtiger denn je!

Der Gründer des Wuppertal-Instituts, Friedrich Schmidt-Bleek, hat in seinem neuen Buch „Grüne Lügen“ auf diese Problematik hingewiesen. Auch für uns selbst ist dieses Buch eine harte Anfrage: Niemals dürfen wir die Klarheit und Wahrheit der Aussage „Weniger ist mehr“ aufgeben oder verleugnen. Der Planet hat seine Grenzen. Und selbst wenn uns Energie in unendlicher Menge von Sonne und Wind zu geliefert wird, dürfen wir diese Energie nicht dazu verwenden, den Planeten weiterhin umzuwühlen, die Wälder zu roden, die Meere zu verseuchen, die Artenvielfalt zu zerstören und uns selbst die Schönheiten der Natur zu rauben!

Der Kerngedanke ökologischer Politik, die Bewahrung des Lebensgeflechts auf der Erde, dieser Kerngedanke droht in den Hintergrund zu treten, weil immer mehr die Umwelt- und Ökologiepolitik verengt und reduziert wird auf Energiewende und oberflächliche Klimadiskussion ohne echte Folgen.

Die Postwachstums-Orientierung ist die Aufgabe moderner Politik. Hier ist unser Alleinstellungsmerkmal. Wir sind zwar noch weit entfernt von der Durchdringung dieses Konzepts – aber wir haben uns auf den Weg gemacht, während andere nach wie vor noch dem unerfüllbaren Wachstumszielen nachhecheln und dafür per TTIP und CETA sogar die besten demokratischen Tradition zu opfern bereit sind.

Es ist tragisch, dass sich für diese Wahrheiten keine politischen Mehrheiten bei Wahlen finden. Sind wir daran selber schuld? Machen wir alles falsch? Es kann nicht an unseren eigenen Fehlern alleine liegen, weil sich weltweit für diese lebensrettenden Einsichten keine Mehrheiten finden. Aber diese Analysen und Konzepte müssen dennoch gesagt und verbreitet werden.

Es ist tragisch und gefährlich, dass andere mit ebenso billigen wie üblen Parolen Wahlen gewinnen, während man uns seitens kluger Leute immer wieder einmal freundlich versichert, dass wir schon recht haben und alles ganz schlimm werden könnte, aber bei dieser Wahl müsse man eben wieder ein kleineres Übel oder aus Protest überhaupt nicht wählen...

Nach Republikanern, Schill- und Piratenpartei wird wieder einmal eine Protestpartei hochgejubelt – die AfD. Mit großer Verwunderung musste ich zur Kenntnis nehmen, dass sich die AfD besonders für die Familien einsetzen will. Und wer turmt bei der AfD in der ersten Reihe herum? Hans-Olaf Henkel, Ex-Präsident des BDI und der neoliberale Cheflobbyist der Großindustrie, der als politischer Wanderpokal auch schon mit dem Aiwanger Hubert einen flotten Tango aufs Parkett gelegt hat. Übrigens, Herr Henkel hat der AfD für den Wahlkampf ein mit 2 Prozent verzinstes Privatdarlehen in Höhe von 1 Mio. Euro zur Verfügung gestellt.

Meine Damen und Herren, Hans-Olaf Henkel und die Förderung der Familien? Da werden sich die Familien wundern – Herr Henkel steht vielmehr dafür, dass die Familien marktkonform werden müssen – Mama und Papa in die Produktion, das ist die Familienpolitik von Herrn Henkel. Wir müssen überhaupt feststellen, dass mittlerweile alle Parlamentsparteien (auch die Union) ihre Familienpolitik in diese Richtung geändert haben. Die Eltern sollen sich maximal im ersten Jahr selbst um ihren Sprössling kümmern, danach ab in die Fremdbetreuung, damit die Eltern sich



wieder voll ihrem einzigen Daseinszweck – der BIP-Steigerung – widmen können. Das mag jetzt drastisch klingen, aber in diese Richtung arbeitet die ganze Lobby und auch die veröffentlichte Meinung hilft nach Kräften mit.

Ich bin fest davon überzeugt, dass die ganz überwiegende Mehrheit der Eltern etwas anderes will – sie wollen sich um ihre Kinder selbst kümmern können, zumindest in den ersten drei Lebensjahren. Und das können sie nur, wenn unser Konzept für ein sozialversicherungspflichtiges Erziehungs- und Pflegegehalt umgesetzt wird. Das ist kein Konzept für ein reaktionäres Familienmodell, das ist kein Konzept Frauen zurück an den Herd. Nur unser Konzept gewährleistet die echte Wahlfreiheit des Lebensstils für Mütter und Väter. Liebe Parteifreunde, ich kann nur an uns alle appellieren: Werben wir offensiv für unser Erziehungs- und Pflegegehalt.

### Gemeinwohl - Alarm!

Wenn die CSU Probleme hat, reagiert sie immer ähnlich: Es wird ein Problem nach dem Schema „wir“ und „die anderen“ aufgebaut. Die Maut für Ausländer ist so gedacht. Jetzt wird wieder einmal die Lieblingsidee von Markus Söder aufgetischt: Den Bundesländern soll erlaubt werden, bei der Einkommen- und Körperschaftssteuer Zuschläge oder Abschläge zu präsentieren. Das würde es „erfolgreichen“ Regionen wie Bayern – eben "uns" – erlauben, durch günstige Steuersätze noch mehr erfolgreiche Firmen und sog. Leistungsträger anzulocken. Weniger erfolgreiche Länder wie Mek-Pom oder Brandenburg – "die anderen" – müssten angesichts ohnehin leerer Steuertöpfe höhere Steuern verlangen, was die letzten dort angesiedelten „erfolgreichen“ Wirtschaftsteilnehmer aus diesen Ländern in Richtung Bayern treiben könnte. Söder nennt dies „Wettbewerbsföderalismus“. Damit entlarvt er sich als einer der überzeugtesten Radikal-Liberalen dieses Planeten. Von der christlichen Sozialethik, der Gemeinwohlorientierung des Staates wenden sich Söder, Seehofer und ihre Zuarbeiter offensichtlich endgültig ab.

Wettbewerb ist etwas sehr Schönes – im Sport, im Spiel, grundsätzlich auch in der Wirtschaft und in der Gesellschaft. Aber der Staat ist nicht Wettbewerber! Er hat vor allem die Aufgabe, die Spielregeln des Wettbewerbs fair zu gestalten und als Schiedsrichter die benachteiligten Menschen vor den Auswüchsen des Wettbewerbs zu schützen! Ein Wettbewerb zwischen den Staaten und gar noch zwischen den Regionen innerhalb der Staaten um die niedrigsten Steuersätze stellt eine Perversion des Gemeinwohlgedankens dar: Starke Schultern sollen nach Söders Idee entlastet werden, schwache Schultern sollen mehr tragen.

Ich rate Herrn Söder, seine Idee zu Ende zu denken und konsequent weiterzuführen. Warum soll ausgerechnet innerhalb Bayerns der Wettbewerbsföderalismus nicht praktiziert werden? Dann müsste man im erfolgreichen Ballungsraum München die niedrigsten Steuersätze beim privaten Einkommen und beim Gewinn der Kapitalgesellschaften verlangen. In Teilen Oberfrankens, im Landkreis Freyung-Grafenau oder selbst in der nicht ganz so turbulenten Söder-Heimat-Metropole Nürnberg wären die Steuersätze dann deutlich höher... Pech gehabt! Warum seid ihr nicht so clever wie die Münchner! Und die Münchner werden sich ganz bestimmt über den neuen Andrang freuen – sie haben ja noch genug freies Land für die nötigen neuen Gewerbeflächen und Wohnsiedlungen... und die dann noch weiter explodierenden Mieten werden ganz bestimmt auch Begeisterung über die Folgen des Söder'schen Wettbewerbsföderalismus auslösen!

Man könnte über diesen Unsinn Söders schnell weggehen. Aber dieser vom Radikal-Liberalismus infizierte Mann kann demnächst Ministerpräsident sein. Das ist nicht lustig. Das ist gefährlich.

Was waren noch Themen bei der CSU? Die Maut und das CSU-Pickerl! Dazu Seehofer mit seiner Forderung nach Grenzkontrollen wegen der „Flüchtlingsströme“ aus Italien! Da kann man gleich noch mit gepflegten Vorurteilen gegen Ausländer und Flüchtlinge den billigen Populismus bedienen. Nach der Landtagsaussprache zur Affäre Haderthauer sorgt sich die CSU jetzt um das Ansehen der Parlamentarier. Die Ansehensrettung soll in üblicher CSU-Manier erfolgen – Änderung der Redezeiten zu Lasten der Oppositionsparteien. Das erinnert mich wieder einmal an Gerhard Polt: „Wir brauchen keine Opposition, weil wir sind schon Demokraten!“ Einmal abgesehen davon, dass man auf die eine oder andere Äußerung der Opposition gerne auch hätte verzichten können – die Ursachen für den Ansehensverlust liegen ganz wo anders. Die CSU könnte sich dafür einsetzen, dass endlich die skandalösen Defizite in der Korruptionsbekämpfung beseitigt werden. Zur aktuellen Situation: drei Akteure teilen sich die staatliche Tätigkeit: Die Gesetzgebung, die Verwaltung und die Rechtsprechung. Die Gesetzgebung stellt die Regeln auf, die Verwaltung wendet die Regeln an und die Rechtsprechung übernimmt die Schiedsrichterfunktion bei Streitigkeiten über die Regelanwendung. Für zwei dieser Akteure gelten strengste Regeln zur Verhinderung von Korruption. Beschäftigte der Verwaltung und der Rechtsprechung dürfen keinerlei Vergünstigungen für ihre Tätigkeit entgegennehmen. Das ist auch völlig klar. Wieviel Vertrauen hätten sie noch zu einem Richter, der von ihrem Prozessgegner vorher finanzielle Zuwendungen erhalten hat? Würden Sie an eine korrekte Vergabe des Bauauftrages glauben, wenn der zuständige Beamte vorher von einem Bauunternehmer eine Urlaubsreise gesponsert bekommen hätte? Natürlich nicht. Ausgerechnet bei unserem dritten Akteur – der Gesetzgebung – gibt es keine klaren Vorgaben zur Korruptionsbekämpfung, im Gegenteil, nach wie vor können sie Parlamentarier mit finanziellen Zuwendungen überhäufen, ohne dass dies strafrechtlich relevant wäre. Ausgerechnet denjenigen, der die Regeln aufstellen soll, ausgerechnet denjenigen dürfen sie straffrei finanziell anfüttern. Das ist ein Skandal und ein wesentlicher Grund für den Ansehensverlust der Parlamentarier. Bernhard Suttner, unser Landesbeauftragter für Grundsatzfragen, hat 2006 anlässlich der 9. Speyerer Demokratietagung unter dem Titel „Politische Korruption in Deutschland – ein verschwiegenes Fundamentalproblem?“ eine bemerkenswerte Rede gehalten, die nichts an ihrer Aktualität eingebüßt hat. Als überzeugte Demokraten ist es unsere Aufgabe, die Eindämmung der politischen Korruption einzufordern und zwar nicht nur aus therapeutischen Gründen.

Auf dem Höhepunkt der beschämenden Bemühungen der Landtagsfraktionen um das niedrigste Niveau des parlamentarischen Stils haben der CSU-Fraktionsvorsitzende Kreuzer und der Ministerpräsident die Opposition aufgefordert, konstruktive Ideen zu liefern. Man werde solche Anregungen ernst nehmen. Deshalb hier ein paar sehr konstruktive Vorschläge:

- Selbstverpflichtung aller Landtagsparteien, ab sofort keine Parteispenden von juristischen Personen mehr zu akzeptieren.
- Modellprojekt Ressourcenwende: Eine Staatseinrichtung pro Regierungsbezirk wird nach dem Konzept „Faktor 4“ so umgestaltet, dass innerhalb von 5 Jahren der dortige Ressourcenverbrauch um 75% reduziert wird.
- Konzentration aller Straßenbaufinzen in den kommenden Jahren auf Erhalt und Reparatur; Flächenverbrauch nur noch für unumgängliche Beseitigung von Unfallschwerpunkten: keine Beschleunigungs-Ausbauten mehr!
- Anstellung von Zweitkräften für alle Eingangsklassen und alle Übergangsklassen in den Grundschulen Bayerns; Finanzierung durch eine Umgestaltung des Solidaritätsbeitrags.
- Einrichtung von Lehrstühlen für die Erforschung der Alternativen zum Tierversuch an den naturwissenschaftlichen Fakultäten.

- Auf- und Ausbau eines familienfreundlichen Arbeitszeit-Systems im öffentlichen Dienst in Bayern.

Und und und... Unsere „vielen guten Gründe“ sind alle sehr konstruktiv. Wenn die Staatsregierung und die CSU-Fraktion wirklich konstruktive Ideen haben möchten – die Lektüre ist kostenlos!

Liebe Parteifreunde, wie bei den anderen Themenkreisen, die uns wichtig sind, haben wir auch hier viele Feinde. Viel Feind, viel Ehr – natürlich –, es wäre aber schön, wenn mehr Bürger diese Ehre honorieren würden.

Wir haben die richtigen Konzepte, wir haben das richtige Verhalten, sowohl als Einzelpersonen als auch als Partei, wir müssen beides aber besser bekannt machen, ein altes Problem der ÖDP.

Dafür müssen wir unsere Strukturen pflegen und festigen. Der Wahlmarathon hat von uns allen Tribut gefordert. Unsere Arbeit ruht auf zu wenigen Schultern. Es ist unbedingt nötig, unsere Mitgliederbasis zu verbreitern. Der Landesverband hat dazu den Kreisverbänden eine Werbeaktion unter unseren parteifreien Kandidatinnen und Kandidaten zur Kommunalwahl angeboten. Bitte nehmen Sie dieses Angebot wahr. Wir wollen unsere Mitgliederzahl in Bayern wieder auf über 4.000 erhöhen. Zusammen können wir es schaffen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

F.d.R.

Klaus Mrasek